

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 220  
KARL HONAY

II. Ausgabe.

Wien, am 7. Juli 1931.

## Die Notlage der Städte.

### Besprechung mit Bundeskanzler und Finanzminister.

Unter Führung des geschäftsführenden Obmannes des Städtebundes, Vizebürgermeisters Emmerling und des Sekretärs Honay sprach heute nachmittag eine grössere Abordnung von Bürgermeistern von Industriestädten beim Bundeskanzler Dr. Buresch und Finanzminister Professor Dr. Redlich vor. Bürgermeister-Stellvertreter Rückl (Graz) schilderte ausführlich die durch die schwere Wirtschaftskrise verursachte Notlage der Städte, die sich allein nicht mehr helfen können und daher Regierungshilfe erbitten. Die Teilung der Besoldungssteuer, die der Städtebund schon von der Regierung Dr. Ender verlangt habe, müsse neuerlich begehrt werden, obwohl dadurch eine ausgiebige Hilfe für die Gemeinden nicht mehr erreicht werde. Von der früheren Regierung liege die Zusage vor, den Gemeindezuschlag zur Landesgebäudesteuer über das Viertausendfache hinaus erhöhen zu dürfen. Die Erfüllung dieser Zusage würde vielen Städten eine gewisse Mehreinnahme bringen. Vor allem aber ersuche die Abordnung, dass die Regierung die Aktion des Städtebundes auf Ermässigung des hohen Zinsfusses für Darlehen unterstütze. Die zweimalige Erhöhung des Zinssatzes der Nationalbank wirke sich auf die Gemeinden geradezu vernichtend aus. Eine Umwandlung der kurzfristigen Gemeindegeldentlehnungen in Obligationen der Landeshypothekenanstalten würde den Zinsfuss senken, eine stabile Verzinsung und insbesondere eine viel längere Rückzahlungsdauer bewirken. Landesrat Schneidmadl besprach die überaus schwierige Lage der beiden Industriestädte St. Pölten und Wiener-Neustadt. Die Erhöhung des Zinsfusses belaste St. Pölten mit 340.000 und Wiener-Neustadt mit rund 400.000 Schilling jährlich. Für diese Mehrbelastung sei jedoch keine Deckung zu finden. Bürgermeister Sichlrader (Steyr) erklärte, dass seine Stadt buchstäblich vor dem Konkurs stehe. Die Juligehalte konnten nicht ausbezahlt werden, jede Sachausgabe muss unterbleiben, ja es können nicht einmal die schon sehr schadhafte Schulgebäude instandgesetzt werden. Die furchtbare Situation sei ausschliesslich auf die starke Reduzierung der Belegschaft der Steyrer Auto-Werke von 6188 auf 2334 zurückzuführen. Allein an Fürsorgeabgabe beträgt der Ausfall im ersten Halbjahr rund 202.000 Schilling. Stadtrat Professor Holzer als Finanzreferent von Wiener-Neustadt teilte mit, dass seine Gemeinde bei einem

Budget von rund vier Millionen Schilling im ersten Halbjahr einen unvorhergesehenen Abgang von mehr als 250.000 Schilling aufweise. Die Stadtverwaltung könne nur mehr die unbedingt notwendigen Aufgaben erfüllen. Vizebürgermeister Mehr ersuchte den Bundeskanzler, eine Herabsetzung der Polizeilasten für die Stadt Linz zu gewähren. Linz müsse im Vergleich zu anderen Städten einen viel zu hohen Beitrag für die Bundespolizei leisten, ohne dass hierfür eine Begründung bestehe. Stadtrat Dr. Fischer berichtete über einschneidende Sparmassnahmen im Haushalt von St. Pölten. Die Stadt könne infolge Geldmangels die Strassen und viele andere öffentliche Einrichtungen längst nicht mehr in Ordnung halten.

Bundeskanzler Dr. Buresch erwiderte, dass er die Besoldungssteuer bereits als ausschliessliche Bundesabgabe übernommen habe; hier könne nichts mehr geändert werden. Die Erhöhung des Gemeindezuschlages zur Landesgebäudesteuer werde die Regierung im morgigen Ministerrat besprechen. Der Bundeskanzler erklärte, dass er diese Angelegenheit wohlwollend behandeln werde. Ebenso werde die Regierung mit grösster Raschheit einen Weg suchen, um die Gemeinden von dem hohen Zinsdruck zu entlasten. Die Regierung wisse, dass das Wohl des Staates mit dem der Länder und Gemeinden untrennbar verknüpft sei und sie werde alles tun, was in ihren Kräften steht, um die Wünsche der Gemeinden zu erfüllen.

\* . . . . .